Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 53 (1959)
Heft: 1

Artikel: Kein Platz für Atombomben!
Autor: Wahlen, F.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140334

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kein Platz für Atombomben!

Am 8. Oktober 1946 machte der damalige Ständerat und heutige Bundesrat Prof. F. Wahlen anläßlich der Beratungen des Ständerates über den Bundesbeschluß betreffend die Förderung der Atomforschung unter anderen folgende bemerkenswerten und tapferen Ausführungen:

«Es ist noch nicht lange her, seit wir wissen, daß alles Leben auf der Erde direkt von der Atomenergie abhängig ist, das heißt von der in der Sonne vor sich gehenden Umwandlung der Atome und den dabei freiwerdenden ungeheuren Energiebeträgen. Rascher als es selbst maßgebende Kernphysiker erwartet haben, ist es auch auf unserem Planeten in beschränktem Maße gelungen, die in den Atomen schlummernden Energien freizumachen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß mit dieser Entdeckung einer der bedeutungsvollsten Abschnitte der Menschheitsgeschichte eingeleitet wurde.

Nur die Zukunft kann zeigen, ob uns diese neueste Frucht vom Baume der Erkenntnis zum Guten oder zum Bösen gereicht. Der Auftakt ist allerdings alles andere als ermutigend.

Bis jetzt ist es doch vorwiegend so gewesen, daß die Fortschritte der Technik primär dem Aufbau dienten und daß wir erst nachträglich ihren Mißbrauch im Dienste der Zerstörung zu beklagen hatten. Die erste praktische Verwendung der Atomenergie diente dagegen dem Massentöten und der Zerstörung in einem trotz der Übersteigerung alles Chaotischen bisher unbekannten Ausmaße.

Es wird eines ungeheuren Aufwandes an gutem Willen bedürfen, um unübersehbare Folgen dessen abzuwenden, was über Hiroshima und Nagasaki geschehen ist. Wir stehen vor einer tragischen Alternative: Entweder führt uns die Verwendung der Atomenergie in eine Periode ungeahnten Aufschwungs, oder sie bringt uns das Ende des letzten Restes der mühsam aus besseren Zeiten herübergeretteten Kulturgemeinschaft, wenn nicht das Ende der Menschheit überhaupt.

Niemand sage, diese Alternative sei übersteigert. Es gibt keinen Zwischenweg: Entweder gelingt es, die Verwendung der Atomenergie für Kriegszwecke zu ächten und die notwendigen rechtlichen und materiellen Sicherungen zur Innehaltung dieser Ächtung zu schaffen, oder es entsteht ein Rüstungswettlauf, dessen Ende mit dem Ende nicht nur der Menschlichkeit, sondern der Menschheit überhaupt zusammenfallen müßte.

Nehmen Sie einmal mit führenden Kernphysikern an, es gelinge in der nächsten Zeit, neben dem Uran auch andere Elemente der Auslösung von Kettenreaktionen dienstbar zu machen! Damit würde die jetzt angestrebte Kontrolle der Uranerzlagerstätten illusorisch. Die erste Folge müßte ein ungeheures Mißtrauen zwischen den Völkern sein, wie es jetzt schon die Beziehungen zwischen den Großmächten vergiftet und den politischen und materiellen Wiederaufbau der Welt hemmt.

SCHWEIZERISCHES SOZIALARCHIV

Es ist müßig, sich angesichts solcher Perspektiven zu fragen, ob diese neueste Entwicklung der Technik trotz dem Segen, den sie wirtschaftlich stiften könnte, wirklich ein Glück für die Menschheit bedeute. Der Rubikon ist überschritten. Die Forschung wird weitergehen. Die einzige Möglichkeit, die uns offen bleibt, ist der feste Wille, jeden Mißbrauch auszuschließen. Diesen Willen zu bilden, ihm einen weltweiten Widerhall zu geben, ist nicht nur Aufgabe der Großmächte, sondern es müssen hier auch die Kleinen nach Möglichkeit mitsprechen, und die Tradition unseres Landes heißt uns dies in vorderster Linie tun.

Angesichts dieser Aufgabe gibt mir nicht so sehr der vorliegende Entwurf zu einem Bundesbeschluß als vielmehr seine Begründung durch die bundesrätliche Botschaft zu größten Bedenken Anlaß, die vorzutragen ich mich verpflichtet fühle.

Ich bin nun der festen Überzeugung, daß sich die in der Schweiz durchgeführten wissenschaftlichen Arbeiten strikte auf die Grundlagenforschung und die Auswertung auf wirtschaftlichem Gebiet beschränken sollten, selbstverständlich unter Einbezug rein militärischer Defensivvorkehren, aber unter bewußtem und ausgesprochenem Verzicht auf die Entwicklung und Herstellung von Atombomben. Die Gründe, die mich zu dieser Stellungnahme führen, sind einesteils militärischer und militärpolitischer Art, vorwiegend aber entspringen sie humanitären und allgemein politischen Überlegungen.

Unsere Armee ist als Institution der reinen Landesverteidigung ein Defensivinstrument.

In dieser Betrachtungsweise hat die Atombombe keinen Platz. Wenn auch die technischen und Materialschwierigkeiten zu ihrer Fabrikation überwunden werden könnten, so fehlt uns jede Möglichkeit, unsere Truppen in ihrer Handhabung und Verwendung zu üben und ihre nachhaltige Fabrikation während eines Krieges zu gewährleisten. Die den Kriegsentscheid beeinflussende Verwendung der Atombombe ist entweder an das Bestehen der Luftüberlegenheit oder an die Verwendung weittragender Raketengeschosse geknüpft. Beide Voraussetzungen fehlen uns und sind angesichts der Mittel unseres Landes nicht beizubringen.

Ich glaube, daß diejenigen Offiziere, die sich in einseitiger Weise für eine Technikerarmee einsetzen, unserer Landesverteidigung einen schlechten Dienst erweisen. Eine solche notwendigerweise in der Zahl beschränkte Truppe wäre keine Volksarmee mehr, und große Teile des Volkes würden ihr mit Mißtrauen gegenüberstehen.

Aber auch militärpolitische Gründe sprechen ein gewichtiges Wort. Wenn in einer bundesrätlichen und von den eidgenössischen Räten genehmigten Botschaft das Schwergewicht der Atomforschung auf die militärische Seite gelegt wird, so ist das eine Tatsache, die von unseren Nachbarn nicht unbemerkt bleiben wird.

Man weiß, daß wir über Köpfe verfügen, die durchaus imstande sind, auf diesem Gebiet Ernsthaftes zu leisten. Das Vorhandensein

einer solchen zweckgerichteten Forschung kann deshalb von unseren Nachbarn nicht anders als potentielle Drohung empfunden werden. Damit aber laufen wir Gefahr, gerade das Gegenteil des Beabsichtigten zu erreichen. Es müßte bei einem plötzlichen Kriegsausbruch das Bestreben der Generalstäbe europäischer Mächte sein, unser Land so rasch wie möglich als Bedrohungszentrum auszuschalten, und so würde jede in unserem Lande liegende Atombombe zu einem Magneten für militärische Überraschungsinterventionen.

Diese Feststellung läßt sich nicht mit dem Einwand abtun, daß auch bis anhin unsere nur für diesen Zweck der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes unterhaltene Armee den gleichen Effekt gehabt haben könnte. Die Atombombe ist nicht eine bloße Weiterentwicklung vorhandener Angriffswaffen, sondern sie bedeutet etwas durchaus Neues, das auch militärpolitisch unter neuen Aspekten betrachtet sein will.

Das größte Gewicht möchte ich jedoch auf Gründe humanitärer und allgemeinpolitischer Art legen. Unsere Behörden und der weit überwiegende Teil des Volkes machen den Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen von der Garantierung unserer Neutralität abhängig. Dieses Verlangen, das am Anfang auf völliges Unverständnis und reine Ablehnung stieß, scheint in der letzten Zeit in vielen maßgebenden Kreisen des Auslandes besser verstanden zu werden, und es ist nicht ausgeschlossen, daß es bei geschickter und subtiler Behandlung durch unsere auswärtigen Dienste auch außerhalb der Schweiz Verfechter finden wird.

Wenn wir aber schon eine Sonderstellung erwarten und verlangen, dann ist es unsere Pflicht, diese Sonderstellung zu begründen und zu verdienen, wie wir sie in der Vergangenheit durch unsere korrekte, allen Nachbarstaaten Vertrauen einflößende Haltung und durch die Übernahme besonderer humanitärer Missionen verdient haben.

Die Anhandnahme von Forschungen auf dem Gebiete der Atomenergie mit dem nicht nur eingestandenen, sondern in den Vordergrund geschobenen Zweck der Schaffung von Atomwaffen müßte diesen Bestrebungen unabsehbaren Schaden zufügen. Gerade unserem Lande steht es zu, den ersten Schritt zu machen, um die Ächtung der Ausnützung der Atomenergie als militärische Waffe herbeizuführen. Mag man einen solchen Schritt angesichts der Kleinheit unseres Landes auch nur als Geste beurteilen, sicher wird er seinen Zweck nicht verfehlen, und er kann eine Tragweite bekommen, die für das Schicksal des Menschengeschlechtes bedeutungsvoll ist.

Dazu kommt aber noch ein weiterer wichtiger Grund. Nie und unter keinen Umständen dürfen wir irgend etwas tun, das mit den Verpflichtungen, die wir übernommen haben, in Widerspruch steht. Der Artikel 25 des Haager Abkommens untersagt den Angriff auf unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten und Gebäude, gleichgültig mit welchen Waffen. Diese Bestimmung ist im Verlaufe des letzten

Krieges von allen Kriegführenden mit Füßen getreten worden. Die verwendeten Waffen ließen aber in den meisten Fällen die Ausflucht zu, es seien nur militärische Objekte visiert gewesen, und die Vernichtung von Wohnstätten wie die Tötung Hunderttausender von Zivilpersonen seien unbeabsichtigte und bedauerliche Nebenwirkungen. Die Verwendung der Atombombe schließt jede derartige Interpretation aus. Hier wie anderwärts müssen wir uns klar sein, daß für unser Land die Innehaltung internationaler Rechtsverpflichtungen den stärksten Pfeiler der Unabhängigkeit darstellt, und wir dürfen keinen irgendwie gearteten Zweifel darüber aufkommen lassen, daß es für uns ein Abweichen von solchen Verpflichtungen geben könnte.

Um jedes Mißverständnis auszuschalten, möchte ich sagen, daß ich die Grundlagenforschung auf dem Gebiete der Kernphysik, der Auswertung der Atomenergie für wirtschaftliche Zwecke und dem Studium von Abwehrmaßnahmen gegen die Atombombe zustimme und die vorgeschlagenen Kredite begrüße.

Die Vorlage muß aber nach dem Gesagten ergänzt werden durch eine eindeutige Willenserklärung von Parlament und Bundesrat, grundsätzlich und ohne Rücksicht auf die von den Großmächten zu treffenden Entschlüsse auf die Verwendung der Atombombe zu verzichten.

Ich stelle deshalb den Antrag, die Vorlage sei an die Kommission zur Neubehandlung mit dem Bundesrat zurückzuweisen.»

Der Ständerat folgte Wahlen mit 17 gegen 14 Stimmen.

Bundespräsident Kobelt gab bei dieser Gelegenheit die nachstehenden Erklärungen ab:

«Es kann ja gar nicht in Frage kommen, daß wir unser Land mit Atombomben oder V-Waffen verteidigen können.» 8. Oktober 1946.

«Wir haben weder die Absicht noch wären wir in der Lage, Atombomben herzustellen.» 16. Oktober 1946.

(Dem «Öffentlichen Dienst» vom 22. Dezember 1958 entnommen)

Auch in der „freien Schweiz" gibt es Kolonialismus!

Herr Ernst Schönholzer, Beratender Elektroingenieur, Zürich, hat uns um Aufnahme nachstehenden Artikels in die «Neuen Wege» gebeten. Wir kommen seinem Wunsche nach, ohne jedoch irgendwelche Verantwortung für die von ihm vertretenen Auffassungen zu übernehmen. Wir geben lediglich seinem Gewissensappell an die öffentliche Meinung Raum. Eine allfällig sich daraus ergebende Kontroverse müßte in der Tagespresse ausgefochten werden. Red.

Ja, ist das möglich und wieso denn? Jawohl, und zwar einen Kolonialismus, der der Schweiz nicht ansteht und mit dem noch vor der Landesausstellung 1964 in Lausanne aufgeräumt werden muß! Es ist der Hydro-Elektro-Kolonialismus in den wasserkraftreichen Bergkantonen der «freien Schweiz». Er begann schon 1907,